



**N I E D E R S C H R I F T**

zum öffentlichen Teil

**der 30. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/030/2021)**

**am Donnerstag, 4. November 2021,**

**18:00 Uhr**

**im Neuen Rathaus, Plenarsaal,  
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 18:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:05 Uhr

**Anwesend:**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tina Siebeneicher

CDU-Fraktion

Matthias Dietze

Peter Miersch

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling

Anwesenheit ab 18:15 Uhr

Fraktion Alternative für Deutschland

Christian Pinkert

SPD-Fraktion

Dorothee Marth

FDP-Fraktion

Franz-Josef Fischer

stimmberechtigte Mitglieder

Anett Dahl

Melanie Hörenz-Pissang

Sven Marschel

Carsten Schöne

Anja Stephan

beratende Mitglieder

Sabine Bibas

Jan Donhauser

Christian Georgi

Sylvia Lemm

Anke Lietzmann

Jack Müller

Jan Pratzka

Gunther Reinsch

Janett Schmeling

Juliana Schneider

Roland Wirlitsch

Rüdiger Zwickirsch

Anwesenheit ab 18:45 Uhr

Stellvertretende Mitglieder

Prof. Dr. phil. Markus Andrä

Dariusz Krzysztof Balejko

Vertretung für Frau Agnes Scharnetzky

Vertretung für Frau Dr. Alexandra-Kathrin Sta-

Lucas Ehser  
Jan Goldammer  
Anna Metz

nislaw-Kemenah  
Vertretung für Herrn Thomas Preißler  
Vertretung für Frau Kathleen Fritz  
Vertretung für Herrn Michael Rollberg

**Abwesend:**

Vorsitzender  
Dirk Hilbert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Agnes Scharnetzky

stimmberechtigte Mitglieder  
Thomas Preißler

beratende Mitglieder  
Markus Degenkolb  
Kathleen Fritz  
Sascha König-Apel  
Ekaterina Kulakova  
Michael Rollberg  
Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah

**Verwaltung:**

Herr Seidel  
Frau Rösler  
Herr Hupfer-Maresch

Jugendamt  
Jugendamt  
Jugendamt

**Gäste:**

Herr Reyer  
Frau Lies

Lebenshilfe Dresden e. V.  
Malwina e. V.

## T A G E S O R D N U N G

### öffentlich

- 1 Informationen/Fragestunde
- 2 Definition und Ziele der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden nach den Prinzipien der Sozialraumorientierung **V1007/21  
beschließend**
- 3 Planungsbericht Interkulturelle Öffnung aller Leistungsfelder und Leistungsarten der Kinder- und Jugendhilfe sowie Integration von Migrant\*innen **V1106/21  
1. Lesung  
(beschließendes  
Gremium)**
- 4 Berichte aus den Unterausschüssen

### nicht öffentlich

- 5 Informationen

### öffentlich

- 6 Modellprojekt "Flexibler Stundenpool für temporäre Einzelbegleitungen" **A0282/21  
beschließend**

## öffentlich

### 1 Informationen/Fragestunde

**Frau Lemm** informiert zur Umsetzung des Antrages A0199/21 „Neue Freizeitangebote, Begegnungsorte und Freiräume für Kinder und Jugendliche im Sommer unter Corona-Bedingungen schaffen“. Von den zur Verfügung stehenden 250.000 Euro seien 247.650 Euro ausgereicht worden. Die Summe sei an verschiedene Geschäftsbereiche verteilt worden. Zur konkreten Abrechnung müsse Anfang 2022 berichtet werden:

- 60.000 Euro für den Bereich Sport, GB Finanzen, Personal und Recht
- 32.650 Euro, u. a. Öffnung Sportfreianlagen, Schulverwaltungsamt, GB Bildung und Jugend
- 30.000 Euro für Kinder- und Jugendhilfeprojekte, Jugendamt, GB Bildung und Jugend
- 60.000 Euro für verschiedene Kurse und Veranstaltungen, GB Kultur und Tourismus
- 5.000 Euro, z. B. sportliche Angebote, Amt für Gesundheit und Prävention, GB Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen
- 60.000 Euro für verschiedene Projekte, Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft, GB Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften.

Die Bewerbung der verschiedenen Angebote müsse künftig umfassender sein. In der kommenden Information des Jugendamtes bzw. der Beschlusskontrolle würden die Ausführungen noch einmal schriftlich dargestellt. Es seien eine Vielfalt von Angeboten und Maßnahmen hauptsächlich während der Sommerferien angeboten worden.

**Herr Stadtrat Dietze** möchte bei der Öffnung der Sportfreianlagen wissen, wie die Verantwortlichkeit und die Schließzeiten organisiert seien.

Die Frage müsse **Frau Lemm** mitnehmen.

**Frau Stadträtin Siebeneicher** schlägt vor, dass die detaillierte Auswertung zur Umsetzung des Antrages A0199/21 im UA Planung erfolgen könne. Teil der Beschlussfassung des Antrages A0199/21 sei auch, dass geschaut werde, welche Angebote verstetigt werden können.

**Frau Lietzmann** berichtet, am 21. Oktober 2021 hätte die Kinder- und Jugendkonferenz im Dresdner Westen stattgefunden. Dabei hätte sie den Arbeitsauftrag erhalten, den Gemeinschaftsgarten der Schule in Cotta/Gorbitz mit zu gestalten. Am 20. November 2021 soll der Weltkinderrechtstag in einer Hybridveranstaltung gefeiert werden. Dazu seien u. a. Herr Bürgermeister Donhauser und die Sächsische Kinder- und Jugendbeauftragte, Frau Susann Rührich, eingeladen. Am 21. Dezember 2021 sei ein großes Planspiel mit zwei Schulklassen aus unterschiedlichen Schulen geplant. Zwei Fraktionen hätten dazu ihre Fraktionsräume zur Verfügung gestellt. Weiterhin liefen auch die Rathaustouren, neue Termine könnten ab 7. Januar 2022 gebucht werden. Da der Bedarf so groß sei, sollen jetzt auch Touren für Grundschulklassen konzipiert werden. Sie weist auf die Beschlusskontrolle zum A0622/19 „Jugendbeteiligung jetzt wirklich ernst nehmen!“ hin. Sie hätte für die Jahre 2022/2023 300.000 Euro erhalten. Es gebe schon Konzepte und Ideen. Sie fragt die Mitglieder, ob und wie diese an dem Prozess beteiligt werden wollen.

**Frau Hörenz-Pissang** schlägt vor, dass sich die Mitglieder im UA dazu verständigen sollen und das Thema dann erneut im kommenden Jugendhilfeausschuss besprochen werden soll.

**Frau Stephan** interessiert, welche Expert\*innen für die Sondersitzung am 10. November 2021 eingeladen worden seien.

**Herr Bürgermeister Donhauser** gibt bekannt, die Sondersitzung findet am 10. November 2021, Beginn 14:30 Uhr, in der Messe statt. Folgende Expert\*innen seien eingeladen worden:

- auf Nennung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: **Frau Heidi Hemmann**, Sozialarbeiterin (M. A.), Team Safe Dresden, Straßensozialarbeit für Erwachsene
- auf Nennung der Fraktion DIE LINKE: **Frau Haubold**, Seniorenbegegnungszentrum, Dresdner Pflege- und Betreuungsverein e. V., Stadtteilbüro Gorbitz
- auf Nennung der SPD-Fraktion: **Frau Lydia Bindrich**, Dipl.-Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin, sowieso Frauen für Frauen e. V.
- auf Nennung der Fraktion Dissidenten im Stadtrat: **Frau Anne Herpertz**, Stud. Hilfskraft und Tutorin für Bachelor-Studierende TU Dresden
- Die Verwaltung benennt **Frau Manuela Scharf**, Beauftragte für Menschen mit Behinderungen/Senioren.

Die Expertenanhörung soll 90 Minuten nicht überschreiten. Jeder Expertin/jedem Experten stehe eine Redezeit von maximal 10 Minuten zur Verfügung. Die Schwerpunkte der Anhörung würden in der Niederschrift zusammengefasst.

Es soll eine Arbeitszeitverkürzung gem. Tarifänderungen für Vollzeitkräfte erfolgen, führt **Herr Schöne** aus. Er fragt, ob im geförderten Bereich davon ausgegangen werden müsse, dass es zu Angebotseinschränkungen durch die Arbeitszeitreduzierung komme. In den Zuwendungsbescheiden des Jugendamtes würden Aussagen zu Regelungen getroffen, dass die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit bei 39,5 Stunden läge. Das beinhalte auch die Zuwendungsbescheide der Träger, die den TVöD gar nicht mittelbar oder unmittelbar anwenden würden. Für diese sei weiterhin eine 40 Stunden Woche Grundlage der Vollzeitbeschäftigung. Ihn interessiert, wie dies ausgeglichen werden soll.

Im Bereich der Förderung der offenen Angebote sei dies tatsächlich ein Problem, antwortet **Frau Lemm**. Es komme durch die Stundenreduzierung bei den offenen Angeboten zu einer Einschränkung. Der Umfang und die Ausgestaltung müsse im Einzelfall mit den Trägern geklärt werden. Wenn Zuwendungsbescheide an die Träger bzw. Angebote, die nicht von der Änderung des TVöD betroffen seien, versendet worden seien, müsse dies natürlich korrigiert werden.

**Frau Dahl** macht deutlich, dass mit der Vorlage zur Förderung auch Leistungseinschränkungen beschlossen worden seien. Im Jugendhilfeplan sei eine Größe von sozialpädagogischen Fachkräften festgeschrieben, die in Dresden eingesetzt werden soll. Dies bedeute, dass es Einschränkungen bei den Angeboten geben werde. Die Berechnungsgrundlage gelte für alle Angebote. Die Träger seien gerade dabei, die Arbeitsverträge anzupassen. Für die Zukunft sollte eine Lösung

entwickelt werden, dass, wenn es Anpassungen in TVÖD gebe, sich diese nicht automatisch auf die Leistungen der Angebote auswirken.

**Herr Pratzka** berichtet zum Ausbildungsjahr 1. Oktober 2020 bis 30. September 2021. Im letzten Jahr hätte es 2288 Bewerberinnen/Bewerber für eine betriebliche Ausbildung gegeben, dem gegenüber hätten 2297 Ausbildungsstellenangebote gestanden. Die Ausbildungsberufe in der Gastronomie sei auf der Wunschliste der Jugendlichen nicht enthalten. Es gebe 149 unversorgte Bewerber\*innen. Des Weiteren seien 249 unbesetzte Ausbildungsstellen zu verzeichnen, das wären 92 unbesetzte Ausbildungsstellen mehr als im Vorjahr. Die Herausforderung der Zukunft sei, dass die unbesetzten Ausbildungsstellen besetzt werden können. Das Jugendberatungszentrum in Kooperation mit dem Jugendamt, dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit stehe hier mit der Berufsberatung gerne zur Verfügung, um die vorhandenen Potenziale zu nutzen.

In der vergangenen Sitzung des Jugendhilfeausschusses, erinnert **Frau Marth**, hätte sie schon nach der notwendigen Grundstückssicherung für den Abenteuerspielplatz Johannstadt gefragt.

Die Antwort auf die Frage sei gerade in Bearbeitung, bemerkt **Frau Lemm**.

Des Weiteren schlägt **Frau Marth** vor, dass im Jugendhilfeausschuss eine Vorstellung erfolgen soll zum Thema „Jugendbeteiligung jetzt wirklich ernst nehmen!“. Jugendbeteiligung sei schon immer ein wichtiges Anliegen des Jugendhilfeausschusses gewesen.

**Frau Hörenz-Pissang** meint, in einer der nächsten Sitzungen könne das Thema aufgenommen werden. Der Oberbürgermeister (E-Mail vom 27. Oktober 2021) bitte die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses um Teilnahme an der Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (EB IT-Dienstleistungen) am 29. November 2021, da der Antrag A0142/20 in dieser Sitzung behandelt werden soll. Sie schlägt vor, dass sich eine Vertretung aus den Reihen der freien Träger und eine Vertretung aus der politischen Vertretung finden könnte.

**Frau Stephan** schlägt als Vertretung des Jugendhilfeausschusses Herrn Stadtrat Kießling und Herrn Schöne vor.

**Herr Stadtrat Kießling** bestätigt seine Teilnahme, im Vertretungsfall schlägt er Frau Marth vor.

Auch **Herr Schöne** sagt seine Teilnahme an der kommenden Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (EB IT-Dienstleistungen) zu.

Dazu herrscht Einvernehmen bei den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses.

Zur Problematik der Tarifierung hebt **Frau Stephan** hervor, dass im Planungsrahmen festgelegt worden sei, wie viele Stunden eine VzÄ beinhalte. Sie fragt, ob dies mit der Förderung angepasst worden sei.

**Frau Dahl** antwortet, im Plan sei nur eine VK-Zahl festgehalten worden.

**Herr Marschel** schlägt vor, dass das Thema im UA Förderung thematisiert werden solle, da er u. a. auch noch einige Fragen dazu hätte.

**Frau Lemm** äußert, dass sie das Thema sehr gerne im Kontext mit der Vorlage zur Förderung 2022 diskutieren wolle.

Den Vorschlag der Verwaltung halte **Frau Hörenz-Pissang** für gut.

Es wäre gut, wenn dann noch Zahlen vorgelegt werden, was es eigentlich bedeute, wenn stadtweit für die Leistungsfelder Stunden reduziert werden, bemerkt **Herr Marschel**.

Die Zahlen für den Jugendhilfebereich könne **Frau Lemm** gerne vorlegen.

**Herr Stadtrat Kießling** fragt als Vorsitzender des UA Planung nach, wo genau jetzt die Vorstellung zur Kinder- und Jugendbeteiligung erfolgen solle.

**Frau Hörenz-Pissang** präzisiert, zur Sitzung des UA Planung soll Frau Lietzmann zu einer Vorstellung zum Thema „Jugendbeteiligung jetzt wirklich ernst nehmen!“ eingeladen werden. Im UA Planung könne dann diskutiert werden, wie der Jugendhilfeausschuss an dem Projekt beteiligt werden könne.

Es gibt keine weiteren Fragen.

<b>2</b>	<b>Definition und Ziele der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden nach den Prinzipien der Sozialraumorientierung</b>	<b>V1007/21 beschließend</b>
----------	---	----------------------------------

Die Beschlussempfehlung des UA Planung wird von **Herrn Stadtrat Kießling** vorgestellt.

**Frau Stephan** stellt die Beschlussempfehlung des UA HzE vor.

Seitens der Mitglieder werden keine weiteren Fragen angezeigt. **Frau Hörenz-Pissang** bittet um Abstimmung in Form der Beschlussempfehlung des UA Planung. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Definition und Ziele der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden nach den Prinzipien der Sozialraumorientierung gemäß Anlage zur Vorlage.
2. Die Erarbeitung der Schrittfolge zur Umsetzung der Rahmenkonzeption zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden wird auf einer Klausur des Jugendhilfeausschusses im Jahr 2022 thematisiert.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung mit Änderung  
Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0



**3 Planungsbericht Interkulturelle Öffnung aller Leistungsfelder und Leistungsarten der Kinder- und Jugendhilfe sowie Integration von Migrant\*innen** **V1106/21**  
**1. Lesung**  
**(beschließendes Gremium)**

Die wesentlichen Inhalte der Vorlage werden von **Frau Lemm** eingebracht.

**Frau Stadträtin Siebeneicher** bittet darum, dass die Vorstellung des Planungsberichtes im Integrations- und Ausländerbeirat in einer einfachen und verständlichen Sprache erfolge. Des Weiteren bittet sie darum, dass zusammengefasst werde, was genau die Veränderungen im vorgelegten Planungsbericht seien.

Weitere Anmerkungen von Seiten der Mitglieder werden nicht angezeigt, sodann erklärt **Frau Hörenz-Pissang** die 1. Lesung für beendet.

**4 Berichte aus den Unterausschüssen**

**Frau Dahl** berichtet, beim UA Förderung am 12. Oktober 2021 sei zu dem Thema zur Umsetzung des Beschlusses A0141/20 - Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Überarbeitung des Förderverfahrens, eine Anhörung von Expert\*innen erfolgt. Das Ziel wäre, dass in der Sitzung am 24. November 2021 das Thema so vorbereitet werde, dass im Jugendhilfeausschuss ein Beschluss gefasst werden könne. Sie hätte einen Antrag zu den Abschlagszahlungen 2022 für die Förderung eingebracht, da die Träger die Handlungssicherheit benötigen, dass die Angebote weitergeführt werden können.

**Frau Hörenz-Pissang** hebt hervor, dass es sich dabei um die einjährig geförderten Projekte handle.

Der UA HzE hätte in seiner letzten Sitzung die Vorlage V1007/21 behandelt, gibt **Frau Stephan** bekannt. Am 8. November 2021 soll die Vorlage V1210/21 und der Antrag A0272/21 behandelt werden.

**Herr Schöne** informiert, die nächste Sitzung des UA Kita soll am 22. November 2021 erfolgen. Die Vorlage V1099/21 sei im UA Kita vertagt worden, da dieser auf das Votum vom Ausschuss für Bildung (EB Kita) warten wolle.

**Herr Stadtrat Kießling** erklärt, u. a. sei der Antrag A0183/21 im UA Planung abschließend beraten worden. Des Weiteren erarbeite der UA Planung die näheren planerischen Bestimmungen der Bedarfe an Ferienfreizeiten. Er erinnert daran, dass die Freigabe für die Abschlagszahlungen für die mehrjährig geförderten Angebote in der Vergangenheit oft erst Mitte Februar ausgezahlt worden seien. Vielleicht könne das Thema im UA Förderung behandelt werden.

**6 Modellprojekt "Flexibler Stundenpool für temporäre Einzelbegleitungen"****A0282/21  
beschließend**

**Frau Stephan** fragt, wie es nach der Beschlussfassung weitergehe.

**Herr Schöne** erläutert, das Modellprojekt sei u. a. aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre zustande gekommen. In der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses sei kritisiert worden, dass sich der Ausschuss nicht mit dem Thema befasst hätte. Der UA Planung hätte sich dann mit dem Thema befasst. Das Modell versetze die Träger in die Lage, die Einzelfallbegleitung qualifiziert umzusetzen, ohne das Angebotseinschränkungen vorgenommen werden müssen. Man erwarte sich von dem Modellprojekt Erkenntnisse, ob das Modell tauglich und geeignet sei, in die alltägliche Praxis überführt zu werden.

Das Wichtigste sei, dass neue Projekte und Angebote gut kommuniziert werden, hebt **Frau Lemm** hervor. Es gehe bei dem Modellprojekt darum, auszuprobieren, was schon lange gefühlt, gebraucht werde. Am 5. November 2021 um 13:00 Uhr hätte sie die Träger zu einer digitalen Runde eingeladen, um das Verfahren noch einmal ausführlich zu erläutern.

Seitens der Mitglieder wird kein weiterer Diskussionsbedarf angezeigt, sodann bittet **Frau Hörenz-Pissang** um Abstimmung zum Antrag. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Umsetzung des Modellprojektes „Flexibler Stundenpool für temporäre Einzelbegleitungen“ gemäß Anlage zum Antrag.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Jugendhilfeausschuss bis zum 30. September 2022 eine Auswertung des Modellprojektes und Empfehlungen zu Möglichkeiten einer weiteren Umsetzung des „Flexiblen Stundenpools“ vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Seitens der Mitglieder werden keine weiteren Fragen angezeigt. **Frau Hörenz-Pissang** bedankt sich für die Aufmerksamkeit und erklärt die Sitzung für beendet.

Melanie Hörenz-Pissang  
Vorsitzende

Monika Weber  
Schriftführerin

Tina Siebeneicher  
Stadträtin

Tilo Kießling  
Stadtrat